

## "Die französische Drohung" in Die Welt (17. Februar 1969)

**Quelle:** Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 17.02.1969. Hamburg: Die Welt.

**Urheberrecht:** (c) Die Welt

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"die\\_franzoesische\\_drohung"\\_in\\_die\\_welt\\_17\\_februar\\_1969-de-1980b50d-997e-4dba-80e7-9d627b5af90e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

# Die französische Drohung

Von LOTHAR RUEHL

Die neue Krise in der europäischen Politik hat das neue Jahr nicht lange warten lassen. Frankreich bleibt auf der Höhe der Erwartungen, die Europa für diplomatische Komplikationen in Charles de Gaulle setzen darf. Sich selber treu, läßt der General auf geringfügigen Anlaß hin nun mit dem Ende der Westeuropäischen Union drohen, falls Frankreichs sechs Partner in diesem losen Bündel souveräner Staaten ohne gemeinsame politische Autorität versuchen sollten, gegen seinen Willen zu europäischer Willensbildung in der internationalen Politik zu kommen. Die Westeuropäische Union soll dem in der Präambel des 1954 abgeänderten Brüsseler Vertrages proklamierten Vereinszweck der Einigung nicht dienen dürfen, weil Frankreich das verbündete Großbritannien an dem Gemeinschaftswerk nicht teilhaben lassen will.

General de Gaulles gesamteuropäische Politik mit der Devise „Détente — Entente — Coopération“ ist seit dem 21. August 1968 auf unabsehbare Zeit hinaus blockiert. Aber der französische Staatschef hat aus diesem Ereignis im Gegensatz zu seinen westeuropäischen Partnern nicht gefolgert, daß es nun an der Zeit wäre, Westeuropa auf dem Wege der Einigung einen Schritt voranzubringen. England bleibt für ihn „das Trojanische Pferd der Amerikaner“ vor den Wällen des Kontinents, auf denen Frankreich seinen Nachbarn das Gesetz des Handelns vorschreiben will.

Seit einiger Zeit hat der General die resolute und oft allzu indiskrete Diplomatie der Briten in den europäischen Hauptstädten mit wachsendem Mißtrauen verfolgt. Die zähen Versuche seiner Partner, allen voran der Niederländer, England auf irgendeinem Wege an den Kreis der Sechs heranzuführen, sieht er als eine lästige Störung der Gemeinschaft und als eine Art von Schmuggel mit politischer Konterbande über die Grenzen des Gemeinsamen Marktes an. Jetzt macht er deutlich, daß er diesem Treiben ein Ende setzen will.

Der französische Protest richtet sich in der Form nur gegen eine angebliche Verletzung des Brüsseler Vertrages zwischen den sieben Partnern, die die französische Regierung in dem Versuch sieht, „die Zuständigkeiten der Westeuropäischen Union auszuweiten“, mit anderen Worten, die WEU „vertragswidrig“ als Instrument der politischen „Integration“ und als Bindeglied zu dem von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ferngehaltenen England zu „mißbrauchen“ — obwohl die Präambel des Vertrags doch aussagt, daß die Partner sich verpflichten, „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einheit zu fördern und die fortschreitende Integration Europas zu ermutigen“.

Aber diese Mißachtung des politischen Ziels und auch des im Artikel 8 verbürgten Rechts eines jeden Mitgliedstaates, die Einberufung des Rates zur gemeinsamen Abstimmung über jede Situation, die den Frieden bedrohen oder die

**Druck auf die Westeuropäische Union**

**England bleibt das „Trojanische Pferd“**

**Harte Alternative für die Partner**

wirtschaftliche Stabilität gefährden könnte, zu bewirken, erscheint in der Konsequenz der französischen Außenpolitik als nebensächlich. Das Verlangen an die übrigen Mitglieder der Union, außerordentliche Ratssitzungen von der Zustimmung aller abhängig zu machen und also in diesem Fall einem französischen Veto zu unterwerfen, ist nur ein Vorwand. In Wahrheit zielt de Gaulles Angriff über den Unionsvertrag hinaus.

Die fünf EWG-Partner, die man in London so gern „die freundlichen Fünf“ nennt und Frankreich gegenüberstellt, sollen mit der Drohung, Frankreich könnte die WEU verlassen, von weiteren Versuchen abgeschreckt werden, England im Bereich des Brüsseler Vertrages den Weg zum Gemeinsamen Markt zu bereiten und eine Konsultation zwischen den sieben Mitgliedstaaten der Union zu praktizieren, die Großbritannien zu einem gleichberechtigten Partner der westeuropäischen Zusammenarbeit werden lassen könnte.

Der Pariser Stoß gegen die Westeuropäische Union zielt also auch auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und darüber hinaus auch auf andere politische Konsultationen, an denen Frankreich sich nicht beteiligt. Die europäischen Verbündeten, die innerhalb der atlantischen Allianz etwa einen „europäischen Kern“ als Träger einer Bündnispartnerschaft zwischen Amerika und Europa bilden wollten, sind nun gewarnt. Sie müssen von jetzt an mit einer französischen Opposition gegen dieses Vorhaben rechnen, an dem sich Frankreich bislang nur desinteressiert gezeigt hat. Solche Opposition könnte nicht nur gegen die Westeuropäische Union, sondern auch auf dem Gemeinsamen Markt wirksam werden.

Eine Sperrstellung Frankreichs auf der ganzen Linie der westeuropäischen Politik würde die übrigen westeuropäischen Länder mit der Alternative konfrontieren, die sie seit langem schreckt: sich Frankreich fügen oder mit Frankreich brechen. Alle diplomatische Kunst, der beste Wille zum Interessenausgleich und zu behutsamem Verfahren können an der Abwehrposition, die General de Gaulle gegen England und Amerika aufgebaut hat, nicht vorbeiführen. Die deutsche Diplomatie seit 1966 ist, wie dieser jüngste Vorfall zeigt, mit diesem Vorhaben genauso gescheitert wie in früheren Jahren.

Die Grenzen pragmatischer Zusammenarbeit mit dem Frankreich de Gaulles sind in dieser absurden Krise um einen Vertrag, der in seinen wichtigsten Teilen toter Buchstabe geblieben ist, wieder deutlich geworden. Die Frage stellt sich, ob General de Gaulle nun auch noch die letzte Beistandsverpflichtung aus einem Bündnisvertrag gegenüber westeuropäischen Nachbarn von Frankreich zu streifen sucht, geht doch die Beistandsklausel des Brüsseler Vertrages weit über die des Atlantikpaktes hinaus.